



Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Newsletter



Berlin, 23. September 2011

www.garreltduin.de

Ausgabe 9 / 2011 II

Rösler - der Minister ohne Antworten

Der Bundesregierung fehlt es für Europa an Klarheit und Glaubwürdigkeit

Der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Hüther, nennt es „unverantwortlich“, dass Wirtschaftsminister Rösler, FDP, die Insolvenz des Staates Griechenland herbeiredet. Und das „Handelsblatt“ bezeichnet ihn als „Pinocchio des Tages“, weil er das Gegenteil von dem erzählt, was er noch vor kurzem gesagt hat. Und vor dem Wirtschaftsausschuss des Bundestags findet Rösler keine Antwort auf die Fra-

ge von Garrelt Duin, wie, wann und nach welchem Verfahren denn die Insolvenz eines Staates ablaufen solle.

In einem Debattenbeitrag im Bundestag über den Haushalt 2012 hielt Duin als wirtschaftspolitisches Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion der Regierung und Rösler vor, dass es ihnen an Klarheit und Glaubwürdigkeit in

europäischen Fragen fehle. Das sei dramatisch, „denn Europa steht am Scheideweg“. Es gehe darum, „ob wir auch in zehn Jahren noch eine Wohlstandsregion sind“. Europa gehe es nur gut, wenn es unseren Nachbarn gutgehe. Länder wie Griechenland brauchen eine Wachstums-Perspektive. Duin: „Durch Sparen allein wird das nicht gelingen.“ Rösler hat darauf keine Antwort.

Mein!

“An Jesus kommt keiner vorbei“ hieß es einst auf einem Plakat im Ruhrgebiet. „Außer Stan Libuda“ kritzelte ein Fußballfan darunter. Der Kalauer fiel mir dieser Tage in Berlin wieder ein, als der Papst die Stadt besuchte. Am Papst kam keiner vorbei. Es herrschte nicht nur ein Sicherheits-, sondern auch ein Medienhype. Der Papst im Bundestag, ein Thema wie ein Magnet. 100 meiner Kollegen blieben demonstrativ außen vor. Als evangelischer Christ und Politiker - beides möchte ich nicht trennen - war es für mich keine Frage, dem Papst zuzuhören. Das Oberhaupt der Katholiken vertritt bestimmte Werte - die ich zwar nicht immer teile, mit denen ich mich jedoch auseinandersetze. Im Hinterkopf immer die kluge Erkenntnis des früheren Verfassungsrichters Bockenförde: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Deshalb brauchen wir die Vermittler auch von christlichen Werten. Deshalb brauchen wir die Kirchen - und somit höre ich auch dem Papst im Bundestag zu.

Garrelt Duin

SPD ist wieder gefragt bei den Medien



Direkt-Interviews und Hintergrundgespräche mit Journalisten gehören zum täglichen Brot des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion. Die SPD und ihre Antworten auf drängende wirtschafts- und finanzpolitische Fragen sind wieder gefragt - wie hier von Bettina Scharkus vom ARD-Hauptstadtstudio in Berlin.

Duin: Der neue Strom muss bezahlbar bleiben



Die Agentur für Erneuerbare Energien lobt jährlich den Journalisten-Preis „unendlich viel energie“ aus. Ausgezeichnet wurden Journalisten von Print, Radio und Fernsehen und ein Fotograf. Ergänzt wurde die Preisverleihung in Berlin mit einer Diskussion, wie die Energiewende gemeistert werden kann. Von links: Unter Moderation von Volker Wieprecht vom Sender rbb diskutierten Ingrid Nestle, Grüne, Garrelt Duin, SPD, Klaus Breil, FDP, und Dr. Joachim Pfeiffer, CDU. Duin verlangte, dass Energie für die Industrie einschließlich ihrer energie-intensiven Branchen und für Privathaushalte bezahlbar bleibt.

CDU: Rente bezahlt Pflege

SPD will Bürgerversicherung für die Pflege

Wie bezahlen wir die Pflege? Das ist eine der entscheidenden Fragen der Zukunft. Mit der alter werdenden Gesellschaft geht sie immer mehr Menschen an.

Auf Schwarz-Gelb sollten sie dabei nicht vertrauen. Die Bundesregierung hat bisher keinen Plan, wie sie die Pflege sichern und finanzieren will. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr, FDP, hat die Pflegereform erst einmal verschoben. Gleichzeitig kündigte die niedersächsische Sozialminis-

terin Aygül Özkan, CDU, einen abenteuerlichen Plan an: Sie will den Mehrbedarf für die Pflege aus der Rentenkasse bezahlen. Das lehnt die SPD strikt ab, denn der Plan lässt grundlegende Probleme der Rente außer Acht, etwa die Altersarmut.

Die SPD will, dass die Pflege nicht länger allein von Arbeitnehmern, sondern von allen Einkommensbezieher finanziert wird. Duin: „Wir wollen die Bürgerversicherung für die Pflege.“

Müllabfuhr teurer

Privatfirmen picken Rosinen aus der Müllabfuhr

Wettbewerb ist gut - aber in der kommunalen Daseinsfürsorge findet er Grenzen. Kommunen sind deshalb besorgt, wenn Union und FDP im Bundestag ihren Entwurf eines Kreislaufwirtschaftsgesetz beschließen sollten. Sie wollen es privaten Unternehmen erleichtern, ohne Auftrag der Kommunen und parallel zu kommunalen Sammlungen werthaltige Abfälle zu sammeln - vor allem Altpapier und Glas. Die Gefahr dabei: Wenn der Preis für Papier

oder Glas in den Keller geht, ziehen sich die Unternehmen zurück - dann muss die Kommune sehen, wie sie mit dem Abfall klar kommt. Die kommunale Müllabfuhr stützt bisher mit dem Verkauf von Altpapier und Glas die Gebühren für die Müllabfuhr. Entfallen diese Einnahmen, stehen Gebührenerhöhungen ins Haus. Garrelt Duin: „Ich fordere meine Kollegen Connemann und Goldmann von CDU und FDP auf, diesen Unsinn zu verhindern.“

Bundesregierung lässt die Kommunen aushungern

SPD-Bundestagsfraktion: Gemeinde-Finanzierung muss auf feste Beine gestellt werden / Gewerbesteuer gerettet

Die Bundesregierung hungert die Städte und Gemeinden aus. Siebürdet ihnen laufend mehr Aufgaben im Sozialbereich auf, ohne die dadurch entstehenden Mehrkosten auszugleichen. Gescheitert ist sie dank entschlossener Gegenwehr mit ihrem Plan, die

Gewerbesteuer abzuschaffen - obwohl die Gewerbesteuer eine kaum zu ersetzende Säule der kommunalen Finanzen ist. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Regierung in einem Antrag auf, die Gemeindefinanzierung deutlich zu verbessern. Wenn die

Kommunen für den Bund Aufträge erledigen müssen, können sie das nicht aus eigener Tasche bezahlen. Garrelt Duin: „Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.“ Die Gewerbesteuer muss auf eine breitere Grundlage gestellt werden, Kommunen müs-

sen sich weiterhin zum Beispiel in der Müllentsorgung wirtschaftlich betätigen dürfen. Die Regierung soll außerdem die Kürzungen bei der Städtebauförderung zurücknehmen und das erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“ wieder auf das alte Niveau heben.

Steinmeier: SPD geht keine Koalition mit Merkel ein

Neue Koalitionen kann es nur durch Neuwahlen geben / SPD stimmt für Euro-Rettungsschirm

Frank-Walter Steinmeier sprach klare Worte vor der SPD-Bundestagsfraktion: „Die Sozialdemokratie wird in keine Koalition unter einer gescheiterten Merkel eintreten. Aber wir sind bereit, die drohende Lähmung Europas abzuwenden und den unaufschiebbaren, dringend erforderlichen europäischen Weichenstellungen zu einer Mehrheit im Deutschen Bundestag zu verhelfen. Neue Koalitionen kann es dann nur durch Neuwahlen geben.“ Der SPD-Fraktionschef nahm damit Stellung für den Fall, dass Angela Merkel bei der bevorstehenden Abstimmung über den Euro-Rettungsschirm die „Kanzlermehrheit“ verfehlt.

Ohne Wahlrecht

Bundesregierung missachtet Verfassungsgericht

Deutschland hat zurzeit kein Wahlrecht, das der Verfassung entspricht. Diese Missachtung des Rechts und des Bundesverfassungsgerichts hat die schwarzgelbe Bundesregierung zu verantworten. Garrelt Duin: „Werden Neuwahlen für den Bundestag nötig, stehen wir ohne anwendbares Wahlrecht da.“ Die mögliche Folge: Das Bundesverfas-

sungsgericht würde ein Wahlrecht vorgeben. Das Gericht hatte der Regierung bis Ende Juni dieses Jahres eine Frist gesetzt, das Wahlrecht zu reformieren. Die Regierung legte jetzt verspätet einen Entwurf vor, der den Knackpunkt Überhangmandate nicht beseitigt. Dagegen wird die SPD, die einen eigenen Entwurf vorgelegt hat, notfalls klagen.

Piraten entlarven Grüne

Wahl zeigt: Grüne sind alt und konservativ

Die Piraten-Partei hat bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin mit 8,9 Prozentpunkten überraschend gut abgeschnitten. Aber das Ergebnis fiel nicht aus heiterem Himmel. Schon bei der Bundestagswahl 2009 holten sie zwei Prozent. Bemerkenswert: Der Erfolg der Piraten entlarvt die Grünen, deren Klientel teilweise wechselte, als alte Partei - kon-

servativ, selbstzufrieden und dem Fortschritt abgewandt. In Berlin sind sie gegen eine Autobahn, welche die Innenstadt entlastet, und gegen einen Flughafen, der dem Anspruch einer Weltstadt gerecht wird. Bei uns werden sie bald gegen Strommasten auftreten. Garrelt Duin: „Ein Zurück ins beschauliche Biedermeier können wir uns nicht leisten.“

Journalist hält der SPD den Spiegel vor

Parlaments-Korrespondent spricht vor Bundestagsabgeordneten über die Lage der Sozialdemokratie

Die Siegesserie der SPD bei den Landtagswahlen ist keine Garantie für den Einzug ins Kanzleramt in zwei Jahren. Das sagt der Parla-

ments-Korrespondent der Tageszeitung „Die Welt“, Dr. Friedrich Daniel Sturm, vor SPD-Bundestagsabgeordneten in Ber-

lin. Er sprach der SPD zu, im vergangenen Jahr nach der schweren Wahlniederlage 2009 wieder den Weg zur „Anerkennung der Realität“

gefunden zu haben. Allerdings könne er den entschiedenen Willen zur Macht in weiten Teilen der SPD noch nicht erkennen. Als Programmpartei neige sie zu „Unzufriedenheit und Larmoyanz“. Sie leide lieber daran, was sie nicht geschafft habe, als sich darüber zu freuen, was sie geschafft habe. Dazu gehöre auch, dass sie ihre erfolgreichen Anführer „von Ebert bis Schröder“ zeitweise verdammt habe. Die CDU als Partei sei bedeutend leidensfähiger.

Sturm rät der SPD, nicht ihrem Hang zur Opposition zu verfallen, um sich so „die harte Realität“ der Regierungsverantwortung zu ersparen.

Der Weg über Wahlsiege in den Ländern an die Regierung in Berlin könne gelingen, sei aber nicht naturgegeben. Rau, Lafontaine und Scharping könnten ein Lied davon singen. Erst Schröder sei 1998 der Erfolg über Helmut Kohl gelungen.



Der Journalist Friedrich Daniel Sturm scheut sich nicht, den Finger in Wunden der SPD zu legen. Er gilt als ausgewiesener Fachmann und hat eine Doktorarbeit über die SPD geschrieben. Garrelt Duin hört zu.

Schulklasse aus der Krummhörn im Reichstag



Mit ihrer Klassenlehrerin Angela Wemmer-Witzel (Dritte von rechts) und Lehrer Jürgen Rosenberg (Sechster von rechts) unternahm die Klasse 10bR der Haupt- und Realschule Krummhörn einen mehrtägigen Ausflug nach Berlin, der sie auch in den Reichstag führte. Dort erfuhren sie, wie die Woche von Garrelt Duin in Berlin aussieht, welche Verpflichtungen ein Bundestagsabgeordneter hat, wie viel Abgeordnete verdienen und welche Ausbildung die Mitarbeiter von Abgeordneten haben. Eine Frage der Schüler lautete, welche Eigenschaften ein Politiker braucht, um seine Ideen durchzusetzen oder um Konflikte auszuhalten. Dem Fotografen auf der Fraktionsebene des Reichstags präsentieren sich gut gelaunt die Schüler und Schülerinnen Sven Barfs, Carsten Eertmoed, Julia Eeten, Manuel Eeten, Thorsten Fleßner, Anneke Fokken, Marlina Görtzen, Sunke Jäckel, Kerstin Kääriäinen, Saskia Kalkwarf, Hendrik Lübben, Hauke Mentjes, Lea Mentjes, Siegfried Milde, Heiko Schmidt, Andree Schneid, Weert Sweets, Julia Temme, Aiko Tuitjer, Philip Watzlawik, Dennis Wiechmann und Marcel Willms.

Norddeich: VCS braucht jede Hilfe

Garrelt Duin wendet sich direkt an den Telekom-Chef und an McAllister

Norddeich Radio ist längst Vergangenheit. Jetzt geht es dem Callcenter Vivento Customer Services (VCS) an den Kragen, das in die damals freigewordenen Räume im Utlandshörn in Norden eingezogen ist. 232 Frauen und Männer verlieren dort ihren Job, wenn die Telekom-Tochter VCS ihren Schließungsplan umsetzt.

Garrelt Duin setzt sich mit vielen anderen für den Erhalt der Arbeitsplätze ein. Er schrieb einen geharnischten Brief an Telekom-Chef Obermann, der eine zügige Antwort zusagte. Duin schaltete auch den niedersächsischen Ministerpräsidenten Mc Allister ein - mit der Bitte, seinen Einfluss bei der Telekom in die Waagschale zu werfen. Duin: „In dieser Frage

sollten alle politisch Verantwortlichen an einem Strang ziehen.“

Völlig aussichtslos ist der Kampf fürs Callcenter nicht. Die Telekom ist zwar kein Staatsunternehmen mehr, aber der Bund hält noch knapp 15 Prozent der Aktien. Indirekten Einfluss kann er zusätzlich über die KfW Bankengruppe nehmen, die dem Bund zu knapp 17 Prozent gehört. Anders gesagt: Im Aufsichtsrat besitzt der Bund faktisch eine Sperrminorität, so dass gegen ein Nein der vom Bund entsandten Vertreter der Betrieb seine Pforten nicht schließen kann. Die Schließung wäre tatsächlich ein Schlag ins Gesicht der Mitarbeiter, denen das Unternehmen und die Gewerkschaften regelmäßig hervorragende Arbeit

bescheinigt haben.

VCS hat sich außerdem um die Ausbildung junger Menschen große Verdienste erworben. Duin: „Dass sich Motivation und Ehrgeiz nun so gar nicht gelohnt haben sollen, ist in meinen Augen ein falsches Signal.“

Der drohende Abschied der Telekom aus Norddeich ist ein weiteres Zeichen für den stetigen Rückzug der Telekom aus der Fläche. Ohnehin machen Rückzüge Sorgen: Die Strukturreform der Bundeswehr macht vor Ostfriesland nicht Halt. Wittmund und Aurich wackeln, die Ausbildungswerkstatt Weener soll zugemacht werden, und selbst die Sanis in Leer können sich nicht sicher fühlen.

Spruch der Woche

„Diese Koalition ist, wie jeder weiß, ein Bündnis nicht auf Ge-deih, sondern auf Verderb.“

Heribert Prantl,
Süddeutsche Zeitung



Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-70145/-76445
garrelt.duin@bundestag.de | www.garreltduin.de

Bildrechte

Eigene Aufnahmen, Frank Ossenbrink,